



Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Bundesamt für Sport
Herr Markus Feller
Hauptstrasse 245-253
2532 Magglingen

Brugg, 1. März 2012

Zuständig: Beat Rööfli
Sekretariat: Jeannine Schwaiger
Dokument: LR_Stellungnahme Verordnung Risikosport

Stellungnahme zur Revision der Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 1. Dezember 2011 laden Sie breite Kreise ein, zur oben genannten Vorlage Stellung zu nehmen. Gerne möchten wir ebenfalls von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und sind interessiert, uns in dieser Angelegenheit zu äussern.

Grundsätzliche Erwägungen

Der Schweizerische Bauernverband (SBV) vertritt die Interessen der Landwirtschaft und der ländlichen Räume. Aufgrund des fortschreitenden Strukturwandels in der Landwirtschaft werden Nebenerwerbe zunehmend wichtiger. Die Paralandwirtschaft spielt dabei eine wichtige Rolle und wird auch vom Bund und vom Tourismus propagiert. Insbesondere Dienstleistungen im Bereich Agrotourismus (nicht nur Übernachtungen) verzeichnen eine grosse Nachfrage. Diese kann jedoch bereits heute aufgrund bestehender Regulierungen bei Weitem nicht immer gedeckt werden.

Die Bäuerinnen und Bauern sind angewiesen, ihre agrotouristischen Dienstleistungen möglichst unkompliziert und bewilligungsfrei zu gestalten. Der SBV sieht diese Möglichkeit durch den vorliegenden Verordnungsentwurf gefährdet.

Zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 7 Wanderleiterinnen und Wanderleiter

Das Anbieten von geführten Wanderungen ist wichtiger Bestandteil des agrotouristischen Angebots. Dabei führen die Touren entlang von Wegen und über die Felder, die der Bauer sehr gut kennt.

Gemäss Art. 7 Abs. 1 gilt die Bewilligungspflicht nicht nur für Bergtouren und Schneesport, sondern auch für gewerbsmässige Führungen von Wanderungen. Die Erteilung einer Bewilligung erfordert zudem eine Ausbildung mit eidgenössischem Fachausweis, eine Zertifizierung des Angebots sowie eine Haftpflichtversicherung mit 5 Mio. Schadenslimite.



Aus Sicht des SBV sind diese Anforderungen unverhältnismässig und Kosten treibend. Sie haben zur Folge, dass viele lokale Anbieter ihre Dienstleistungen einstellen oder illegal durchführen müssen. Zudem sind sie nicht im Sinne der in der Gesetzesreform beabsichtigten Verschärfung der Regeln für Risikosportarten wie Canyoning, River Rafting, Eisklettern, Gletschertouren etc.

Der SBV lehnt deshalb den Einbezug von Wanderleiterinnen und Wanderleitern ab und verlangt eine Streichung oder verhältnismässige Anpassung von Art. 7.

Art. 2 Begriffe, Bst. a. Gebirgiges Gelände

Die Festlegung der Bewilligungspflicht auf geografische Grossräume, wie es die Verordnung vorsieht, ist wenig zielführend und schränkt Angebote in diesen Grossräumen ein, die kein erhöhtes Risiko für die Teilnehmenden bedeuten.

So wird als Gefahrenraum das Berggebiet gemäss der Landwirtschaftlichen Zonenverordnung festgelegt. Dieser umfasst grosse Teile der Schweiz, auch die Voralpengebiete, die für den Agrotourismus besonders bedeutend sind.

Der SBV lehnt daher diese Definition ab und erwartet eine kleinräumigere, an das reale Gefahrenpotenzial angepasste Festlegung des Perimeters. Eine Anlehnung an rein statistische Durchschnittswerte ist zweckfremd und behindert Angebote ohne erhöhtes Risiko.

Die Definition für „Felsiges Gelände“ (Bst. b.) erachten wir als sinnvoll.

Art. 2 Begriffe, Bst. c. Bach- und Flussgebiete

Bei Anknüpfung an die Legaldefinition für Oberflächengewässer des Gewässerschutzgesetzes (Art. 4 Bst. a GSchG) sowie deren Erweiterung durch Art. 2 Bst. c RiskV fällt nicht nur das Fließgewässer, sondern dessen gesamte Geländekammer in den Gefahrenperimeter.

Auch hier gilt, wie oben bereits beschrieben, dass dadurch gewerblich angebotene Wandertouren, die solche Geländekammern queren, unter die Bewilligungspflicht fallen. Betroffen sind wiederum auch geführte Wandertouren ohne erhöhtes Risiko. Die höheren Anforderungen und Kosten dürften in vielen Fällen dazu führen, dass solche einfachen, günstigen Dienstleistungen nicht mehr angeboten werden können.

Schlussbemerkung

Der SBV lehnt den vorliegenden Verordnungsentwurf grundsätzlich ab.

Wir hoffen, dass Sie unsere Anliegen berücksichtigen werden und danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Bauernverband



Josef Dissler
Vizepräsident



Jacques Bourgeois
Direktor